



Presseveröffentlichung Nr. 08/89
ZUR SOFORTIGEN VERÖFFENTLICHUNG
21. April 2008

Internationaler Währungsfonds
Washington, D.C. 20431 USA

Der Regionale Wirtschaftsausblick des IWF für Europa prognostiziert eine Abschwächung des Wachstums und analysiert die Herausforderungen, vor denen die Entscheidungsträger stehen, um die Auswirkungen der Finanzturbulenzen zu begrenzen

Europa ist aufgrund der andauernden Finanzturbulenzen, einer hohen Inflation und Übertragungswirkungen der erwarteten milden Rezession in den Vereinigten Staaten mit einer Wachstumsabschwächung konfrontiert. Der heute veröffentlichte *Regionale Wirtschaftsausblick (REO) des IWF für Europa* prognostiziert in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Europas für die kommenden zwei Jahre einen beträchtlichen Wachstumsrückgang auf 1,5 Prozent im Jahr 2008 und 1,4 Prozent im Jahr 2009, gegenüber 2,8 Prozent im Jahr 2007. In den europäischen Schwellenländern wird sich das Wachstum voraussichtlich ebenfalls abschwächen, auf 5,5 Prozent im Jahr 2008 und 5,2 Prozent im Jahr 2009, gegenüber 6,9 Prozent im Jahr 2007.

Die Risiken für diesen Wachstumsausblick sind weitgehend ausgewogen, wobei die Abwärtsrisiken für 2009 überwiegen. Kurzfristig könnte die Binnennachfrage stärker ausfallen als erwartet, da die Arbeitsmärkte immer noch stark und die kurzfristigen Indikatoren noch relativ gefestigt sind. Das Abwärtsrisiko besteht darin, dass sich das globale Wachstum mehr als erwartet abschwächen könnte, dass die globalen Ungleichgewichte abrupt korrigiert werden, was mit einem Aufwärtsdruck auf den Euro-Wechselkurs einhergehen könnte, und dass sich die Kreditknappheit zu einer tatsächlichen Kreditklemme ausweitet.

„Europa hat sich bisher als relativ robust gegenüber dem Konjunkturabschwung in den USA und den globalen Finanzturbulenzen erwiesen, die historische Erfahrung legt jedoch den Schluss nahe, dass sie ihren Preis fordern werden“, sagte Michael Deppler, Direktor der Europa-Abteilung des IWF. Er ließ verlauten: „Wenn das Wachstum in den USA zurückgeht, schwächt es sich auch in Europa ab. Das Ausmaß und der Zeitpunkt der Übertragung waren in der Vergangenheit unterschiedlich, die Verbindung besteht jedoch und hat sich eher noch verstärkt. Aus unseren Prognosen geht hervor, dass die Finanz- und Vertrauensverbindungen ein wichtigerer Übertragungskanal sind als der Handel und dies wird in den gegenwärtigen Finanzturbulenzen bestätigt. Die starke Zunahme der Inflation, die das Verbrauchervertrauen und die Ausgaben in Europa bereits beeinträchtigt hat, ist eine weitere Ursache von Schwäche.“

Der Bericht stellt fest, dass die Entscheidungsträger in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherstellen und die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft minimieren müssen. Sie sollten den Schwerpunkt darauf legen, das Vertrauen der Gegenparteien zu erneuern und die Solidität der Finanzinstitutionen zu stärken. Die Zentralbanken müssen das richtige Gleichgewicht schaffen zwischen einer Unterstützung der Realwirtschaft und der Vermeidung von Zweitrundeneffekten, die sich aus der jüngsten Erhöhung der Inflation ergeben können. Wenn die Inflationserwartungen wie erwartet gut verankert bleiben und die Indikatoren die prognostizierte Konjunkturabschwächung bestätigen, entsteht Spielraum für eine Lockerung der Geldpolitik. Auf der anderen Seite sollten Länder, die ausreichende Fortschritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen erzielt haben, die automatischen Stabilisatoren voll wirken lassen. In den Schwellenländern, die teilweise große außenwirtschaftliche Schwachstellen aufweisen und voraussichtlich weiterhin stark wachsen werden, sollte der Politikschwerpunkt nach wie vor darauf gelegt werden, den Nachfragedruck zu steuern und die Ungleichgewichte abzubauen.

Analytische Kapitel: Finanzturbulenzen und Konvergenz in den europäischen Schwellenländern

Neben dem Wirtschaftsausblick bietet der REO eine Studie über die Auswirkungen der gegenwärtigen globalen Finanzturbulenzen auf die europäischen Finanzsysteme. Die Finanzturbulenzen haben sich rasch über die verschiedenen Vermögensklassen in Europa ausgeweitet. Trotz der Tiefe und Breite der Verwerfungen, haben sich die Finanzsysteme in Europa bisher relativ gut behauptet. Die Solidität der wichtigsten systemrelevanten Institute wurde bewahrt, da die Anteilseigner und externen Anleger frisches Kapital beigesteuert haben, wo dies erforderlich war. Der Test ist jedoch noch nicht vorbei, da die Verlustverbuchungen noch an die Realität angepasst werden müssen und zusätzliche Risiken am Horizont erscheinen.

Kapitel 3 des Berichts untersucht eingehend die Aussichten und Schwachstellen der europäischen Schwellenländer. Der Konvergenzprozess zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften stützt sich auf starke gesamtwirtschaftliche Eckdaten, insbesondere Produktivitätssteigerungen, und wird deshalb andauern, selbst wenn sich das Tempo abschwächen sollte. Das schnelle Wachstum geht in einigen Volkswirtschaften mit steigenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten einher. Dazu gehören große Leistungsbilanzdefizite und eine hohe Auslandsverschuldung, wodurch die Gefahr einer harten Landung erhöht wird. Wirtschaftspolitik und Strukturreformen müssen mehr tun, um eine reibungslose Konvergenz in den europäischen Schwellenländern zu sichern.

Europäische Länder: Reales BIP-Wachstum, 2006-09
(Prozent)

	Reales BIP-Wachstum			
	2006	2007	2008	2009
Europa 1/ 2/	4,0	3,9	2,6	2,5
Fortgeschrittene europäische Volkswirtschaften 1/	2,9	2,8	1,5	1,4
Aufstrebende europäische Volkswirtschaften 1/ 2/	7,0	6,9	5,5	5,2
Europäische Union 1/	3,3	3,1	1,8	1,7
Euroraum	2,8	2,6	1,4	1,2
Belgien	2,9	2,7	1,4	1,2
Deutschland	2,9	2,5	1,4	1,0
Finnland	4,9	4,4	2,4	2,1
Frankreich	2,0	1,9	1,4	1,2
Griechenland	4,2	4,0	3,5	3,3
Irland	5,7	5,3	1,8	3,0
Italien	1,8	1,5	0,3	0,3
Luxemburg	6,1	5,4	3,1	3,2
Niederlande	3,0	3,5	2,1	1,6
Österreich	3,3	3,4	1,9	1,7
Portugal	1,3	1,9	1,3	1,4
Slowenien	5,7	6,1	4,1	3,5
Spanien	3,9	3,8	1,8	1,7
Sonstige fortgeschrittene Volkswirtschaften in der EU				
Dänemark	3,9	1,8	1,2	0,5
Schweden	4,1	2,6	2,0	1,7
Vereinigtes Königreich	2,9	3,1	1,6	1,6
Neue EU-Länder 1/	6,6	6,2	4,6	4,3
Bulgarien	6,3	6,2	5,5	4,8
Malta	3,4	3,8	2,2	2,0
Polen	6,2	6,5	4,9	4,5
Rumänien	7,9	6,0	5,4	4,7
Slowakische Republik	8,5	10,4	6,6	5,6
Tschechische Republik	6,4	6,5	4,2	4,6
Ungarn	3,9	1,3	1,8	2,5
Zypern	4,0	4,4	3,4	3,5
Estland	11,2	7,1	3,0	3,7
Lettland	11,9	10,2	3,6	0,5
Litauen	7,7	8,8	6,5	5,5
Fortgeschrittene Volkswirtschaften außerhalb der EU				
Island	4,4	3,8	0,4	0,1
Israel	5,2	5,3	3,0	3,4
Norwegen	2,5	3,5	3,1	2,3
Schweiz	3,2	3,1	1,3	0,9
Sonstige aufstrebende Volkswirtschaften				
Albanien	5,0	6,0	6,0	6,1
Belarus	10,0	8,2	7,1	6,8
Bosnien und Herzegowina	6,2	5,8	5,5	5,5
Kroatien	4,8	5,8	4,3	4,0
Mazedonien, EJR	3,7	5,0	4,5	5,0
Moldau	4,0	5,0	7,0	8,0
Montenegro	6,5	7,5	7,2	5,4
Russland	7,4	8,1	6,8	6,3
Serbien	5,7	7,3	4,0	6,0
Türkei	6,9	5,0	4,0	4,3
Ukraine	7,1	7,3	5,6	4,2

Quelle: IWF, *World Economic Outlook*.

1/ Nach Kaufkraftparität gewichtetes durchschnittliches BIP.

2/ Montenegro wird in der Berechnung der aggregierten Daten nicht erfasst.